

MJ/eh

Berne, le 13 mars 1967.

Notice pour le Chef du départementDébats parlementaires concernant
le nouveau crédit-cadre

1) M. Pestalozzi et moi ne trouvons rien à ajouter à votre réponse à la proposition Eibel (cf. annexe 1).

J'ignore toutefois où vous avez trouvé les chiffres mentionnés en page 3 de votre exposé. Je crois qu'il vaudrait mieux s'en tenir à ceux que nous avons toujours utilisés et qui figurent au tableau qui était annexé à notre proposition au Conseil fédéral concernant le message. Ces chiffres sont: Norvège 15, Danemark 12,5, Suisse 7,4, Suède 17,8, Pays-Bas 14,4.

2) Voici quelques chiffres concernant l'effectif du personnel du service de la coopération technique, question soulevée par M. Eisenring (cf. annexe 2.)

3) Enfin, déférant au désir que vous avez exprimé, je vous adresse un bref rapport sur les points soulevés par M. Haller (cf. annexe 3).

Annexes mentionnées

D)

Ich habe schon in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass der Antrag von Herrn Nationalrat Eibel, der den Kredit auf der früheren Höhe belassen will, praktisch eine Einschränkung des Umfanges der technischen Zusammenarbeit bedeutet.

Ich bitte Sie, sich darüber klar zu sein, dass es um mehr als um die Einsparung von 10 Mio Franken geht. Es geht um das Ansehen unseres Landes in den zahlreichen Staaten der Dritten Welt in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht um nichts geringeres als um die Glaubwürdigkeit unserer Maxime der Solidarität. Ich will nicht davon sprechen, dass man uns im ganzen Ausland als reiches Land betrachtet; ich will dieser Auffassung aber auch nicht widersprechen, auch wenn ich weiss, dass alles relativ ist. Das Ausland ist deshalb nicht geneigt, zu glauben, dass wir nicht in der Lage wären, die Mehrausgabe von 10 Mio Franken, die sich auf 2 1/2 Jahre verteilt, also jährlich 4 Mio ausmacht, in unserem Staatsvoranschlag zu verdauen. Bei Annahme des Antrages von Herrn Eibel können wir den Eindruck, dass die Schweiz ihre bisherige Politik des Verständnisses und der Solidarität gegenüber der Dritten Welt einschränkt, nicht auslöschen. Wir müssen in Rechnung stellen, dass diese Staaten wenig Verständnis für die Schwierigkeiten und Subtilitäten unserer Neutralitätspolitik aufzubringen vermögen. Sie beurteilen die Neutralitätspolitik in erster Linie nach der andern Komponente unserer Aussenpolitik, d.h. nach der Solidarität mit der übrigen Welt.

Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich in aller Offenheit erkläre, dass es gar nicht so leicht ist, diese Solidarität dem Ausland gegenüber derart überzeugend darzustellen, wie man bei uns allzu leicht und selbstsicher glaubt.

2)

Wir standen und werden weiterhin vor den Schwierigkeiten stehen, die unserer Aussenpolitik durch den Rhodesienkonflikt und die Sanktionsmassnahmen der UNO entgegengebracht werden. Wir haben erklärt, wir könnten uns den Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht unterziehen. Wir haben uns dabei auf unsere Neutralitätspolitik und auf unsere Nichtmitgliedschaft berufen. Wir haben den Weg gesucht, soweit als möglich für Beschlüsse der Weltorganisation der Völker, die von dieser als Akte der Solidarität bezeichnet werden, Verständnis zu bekunden. Wir haben deshalb durch autonome Massnahmen dafür Sorge getragen, dass das schweizerische Territorium nicht zur Umgehung der Sanktionsbeschlüsse missbraucht werde. Wir haben für diese Haltung nicht allseitiges Verständnis gefunden. Jedenfalls sind die Beschlüsse des Bundesrates nicht als Beweis der Solidarität, sondern als Ausfluss unserer Neutralitätspolitik hingenommen worden. Wenn aber ^{dann, wenn} ~~dort, wo~~ die Neutralität unsere Aussenpolitik nicht zu einer Zurückhaltung zwingt, ^{und wenn} (die Akte der internationalen Solidarität, ^{die} ~~in~~ einer Lebensfrage für manche Weltteile ^{bedeuten}) unsererseits nicht nur nicht verstärkt, sondern zurückgebunden werden, dann können wir nicht auf das Verständnis des Auslandes rechnen, vor allem nicht der Entwicklungsländer. Ich möchte Sie bitten, im gegenwärtigen Moment diese Zusammenhänge nicht zu übersehen.

Für die Beurteilung der Bedeutung der Höhe des staatlichen Kredites ist die Struktur der Leistungen der Schweiz an die Entwicklungshilfe wichtig. In der Botschaft wird darauf hingewiesen, dass es für die schweizerischen Leistungen charakteristisch ist, dass sie zur Hauptsache nicht staatlich sind. 90% werden von Privaten aufgebracht, davon aber nur zu einem geringen Teil, nämlich zu 5% unentgeltlich durch private Hilfswerke. Im übrigen stellen

3)

sie Direktinvestitionen und private Kapitalanlagen dar, die nach Ueberlegungen der wirtschaftlichen Rendite erbracht werden und denen ein entsprechender Gegenwert und häufig auch unmittelbarer Ertrag gegenübersteht.

Bei den staatlichen Leistungen und den unentgeltlichen Leistungen privater gemeinnütziger Organisationen liegt die Schweiz hinter fast allen Industrieländern zurück. Ich habe darüber in der Kommission einige Beispiele gebracht. Der Minderheitsantrag zwingt mich leider dazu, diese Beispiele auch hier bekanntzugeben. Ich beschränke mich auf einige mit der Schweiz vergleichbare Länder.

Norwegen leistete im Jahre 1966 pro Kopf der Bevölkerung ¹⁵ 15 Franken für die rein technische Hilfe, Dänemark ^{12,5} 13 Franken und die Schweiz ^{7,4} 5,5 Franken. Nach dem ^{pro Kopf der Bevölkerung} (Volks-) Einkommen steht die Schweiz bekanntlich über Norwegen und Dänemark. (In Schweden werden unter Einschluss einer gewissen finanziellen Hilfe im Rahmen der technischen Zusammenarbeit ^{17,4} 38 Franken und in den Niederlanden ^{14,4} 41 Franken pro Kopf der Bevölkerung aufgebracht.) Auch bei ~~der~~ Berücksichtigung der bekannten Schwierigkeiten in internationalen statistischen Vergleichen liegt die Schweiz immer eindeutig hinter allen entwickelten Ländern, ausgenommen Oesterreich, zurück.